

WZ 23.2.16

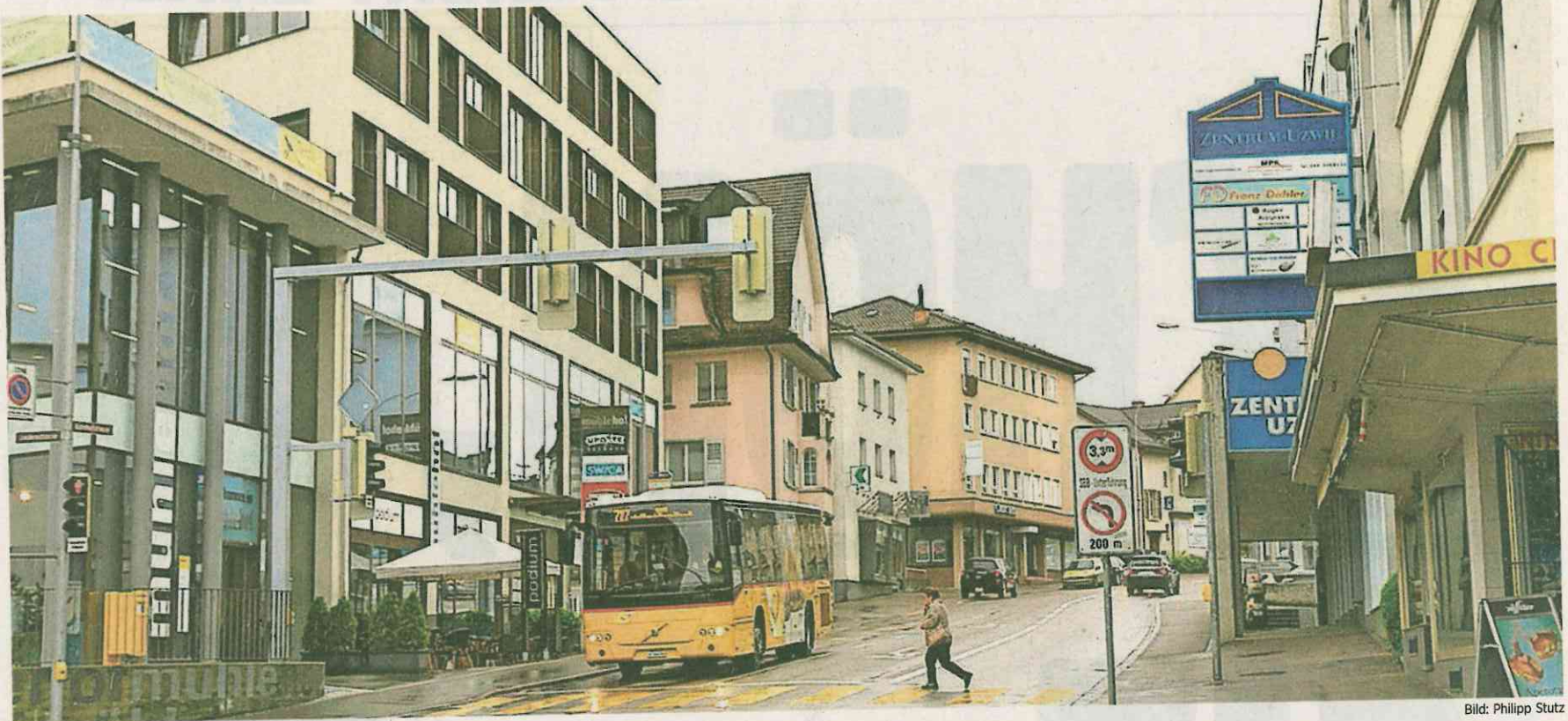


Bild: Philipp Stutz

Die Uzwiller Zentrumsüberbauung – Beispiel eines verunglückten Projekts, auf das die Gemeinde zu wenig Einfluss nehmen konnte.

Kommission verärgert Gemeinden

Unter dem Titel «Baugesetz: Entwurf vergiftet» empört sich der Uzwiller Gemeindepräsident Lucas Keel in seinem Gemeindeblatt scharf über die Haltung der vorberatenden Kommission. Er ist mit seiner Meinung nicht allein.

MARCEL ELSENER

ST. GALLEN. Um die Revision des St. Galler Baugesetzes ist eine heftige Diskussion entbrannt – und sie dürfte noch hitziger werden nächste Woche bei der Behandlung des Geschäfts im Kantonsparlament. Das war zu erwarten, nachdem bereits um den Entwurf der Regierung gestritten worden war und dieser nun von der vorberatenden Kommission des Kantonsrates in vielen massgeblichen Punkten erneut zurückgewiesen wird.

Unerwartet jedoch ist die geharnischte Reaktion eines Gemeindepräsidenten: Der Uzwiller CVP-Mann Lucas Keel bezieht in seinem Gemeindeblatt unter dem Titel «Baugesetz: Entwurf vergiftet» – und illustriert mit dem Foto eines Fliegenpilzes – mit scharfen Worten Stellung gegen die Kommission. Diese habe den «für die Gemeinden mit gutem Willen noch vertretbaren» Entwurf «zerzaust» und lasse die Baubewilligungsbehörden zu Nachtwächtern werden, derweil es «die Wirtschaft richten soll»,

schreibt Keel in einem längeren Beitrag, der auf der Website der Gemeinde auch online nachzulesen ist. «Arbeitsgruppen, Wirtschaftsverbände, Anwälte liessen den Erlass durch ihre Maschine, haben ihn weichgespült. Die vorberatende Kommission des Parlaments hat dermassen am Entwurf geschraubt, dass er toxische Züge annimmt.»

«Zähne gezogen»

Keel ist nicht irgendein Gemeindepräsident, sondern jener der fünftrössten Gemeinde im Kanton und auch Vorstand in der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidenten (VSGP). Er ist sich seines mutigen Schritts durchaus bewusst, wie er zuhnden seiner Einwohnerschaft schreibt: «Es ist eher aussergewöhnlich, dass man als Gemeinde zu einem solchen Gesetzgebungsprozess in dieser Form Stellung nimmt.» Doch sei es ihm «wichtig, dass die Uzwiller Bürgerschaft weiss, wie die Gemeinde ihre Herausforderungen anpacken will» und wie «die politischen Akteure ticken».

Keels Anliegen sind griffige Instrumente, die eine Gemeinde für ihre Entwicklung und Bauqualität benötige. Doch wenn es nach dem Willen der Kommission gehe, bleibt davon laut Keel nicht viel übrig: «Im Ergebnis könnte man auch beim 45jährigen Gesetz bleiben oder auf ein Baugesetz überhaupt verzichten. Es ist zu hoffen, dass die Mehrheit des Parlaments erkennt, dass es so nicht geht.» Der Ärger des Uzwiller Gemeindepräsidenten gilt namentlich den Beispielen Sondernutzungspläne, Kaufsrecht der Gemeinden (Baulandhortung) und ÖV-Erschliessung von Einkaufszentren, wo die Kommission den «praktikablen» Vorschlägen der Regierung «die Zähne gezogen» habe.

Zuschauen genügt nicht

Uzwil habe Beispiele für verunglückte Bauten und Quartiere, «wo man alles eigenverantwortlich dem Markt überliess», argumentiert Keel. «Auch mein Vorgänger schaut heute kritisch auf die Zeit zurück, als man eher als Nachtwächter unterwegs war, in

der Meinung, die Wirtschaft wisse, was die Gesellschaft brauche.» Später mache die Gesellschaft dann die Gemeindebehörden für Folgeprobleme verantwortlich. «Ergo kann man nicht nur zuschauen», weiss Keel und fordert, dass die Gemeinden handlungsfähig bleiben und mitgestalten können. «Oft wirkt nur schon der Umstand, dass diese Instrumente existieren. Auch ohne sie einzusetzen.»

Für seine am vergangenen Donnerstag veröffentlichte Stellungnahme hat Keel positive Reaktionen erhalten, wie er sagt. Er habe aus eigenem Antrieb zur Information der Uzwiller Bevölkerung geschrieben und trete «nicht als Sprecher einer Gruppe auf», betont er. Jedoch rechnet er mit der Unterstützung mancher Kollegen, vorwiegend der Präsidenten von St. Galler Städten und grösserer Gemeinden.

VSGP folgt Regierung

Zumindest jene Gemeindepräsidenten, die sich im Herbst 2015 im Abstimmungskampf für eine griffige Raumplanung gegen

die Wirtschaftsverbände stellten, werden Keel wohl beipflichten. Und auch die VSGP dürfte den Anträgen der Regierung folgen. «Wir haben mit der Regierung eng zusammengearbeitet und sind grossmehrheitlich zufrieden», sagt der Goldacher Gemeindepräsident Thomas Würth (CVP), der die VSGP-Arbeitsgruppe zum Baugesetz leitet. Würth nennt etwa den «total verwässerten» Vorschlag der Kommission punkto Kaufsrecht «eine Katastrophe». Dabei plage die Baulandhortung «jede zweite Gemeinde» und komme der Entwurf der Regierung auch Grundeigentümern entgegen.

Auch in der Hauptstadt ist Sympathie für Keels Meinung zu spüren. Stadtpräsident und FDP-Kantonsrat Thomas Scheitlin möchte die Arbeit der Kommission nicht bewerten, wie er sagt. Doch habe die Stadt «zum Teil andere Meinungen» und werde in einigen Punkten die Regierung unterstützen, so beim Kaufsrecht oder den Beiträgen an die ÖV-Erschliessung von publikumsintensiven Betrieben.